

8. Frühe Deutschförderung

Motion Monika Wicki (SP, Zürich), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): vom 4. Februar 2019

KR-Nr. 42/2019, RRB-Nr. 389/17. April 2019 (Stellungnahme)

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

Monika Wicki (SP, Zürich): Im Februar 2019 haben wir gemeinsam mit den Grünen und der EVP diese Motion eingereicht. Sie entstand im Anschluss an die Beratungen in der Kommission für Bildung und Kultur, die kurz zuvor eine frühe Deutschförderung nach dem Basler Modell abgelehnt hatte. Im Basler Modell, das unterdessen auch in der Stadt Zürich und anderswo Fuss gefasst hat, werden über ein Jahr vor Kindergarteneintritt die Familien bezüglich der Sprachkenntnisse der Kinder befragt. Werden Sprachdefizite festgestellt, erhalten Kinder die Möglichkeit, einen Krippenplatz, einen Hortplatz mit Sprachförderung zu bekommen. Dies führt dazu, dass mehr Kinder bei Kindergarteneintritt über Deutschkenntnisse verfügen. Dies stärkt die Startchancen der Kinder und entlastet die Lehrpersonen. Dieses Modell kostet aber. Die Befragungen müssen durchgeführt und die Krippenplätze auch angeboten werden. Dies fand in der Kommission letztlich keine Unterstützung. Man argumentierte, dass die ländlichen Gemeinden im Kanton Zürich anders organisiert seien als die Stadt Basel.

Für die Kinder, die tatsächlich eine Unterstützung beim Spracherwerb brauchen könnten, ist dies natürlich ungünstig. Wieder vergehen Jahre, bis eine adäquate Lösung kommt. Mit dieser Motion fordern wir nun eine leichte Anpassung im Gesetz. Es soll explizit im Kinder- und Jugendhilfegesetz (*KJHG*) formuliert werden, dass die Gemeinden durch den Kanton unterstützt werden, wenn sie ihre Leistungen im Bereich der frühen Deutschförderung anpassen.

Der Regierungsrat weist in seiner Antwort darauf hin, dass der Motionstext die Frage offen lässt, ob die Gemeinden verpflichtet werden sollen, die Leistungen auszubauen oder nicht. So ist es von den Motionären nicht vorgesehen. Vorgesehen ist, dass durch die Gesetzesänderung die Gemeinden ermutigt und motiviert werden sollen, ihre Leistungen auszubauen, also kein Grund, diese Motion abzulehnen.

Der Regierungsrat weist in seiner Antwort auch darauf hin, dass es mehr brauche als nur Deutschförderung und dass die bestehenden Angebote besser vernetzt werden sollen. Ja, das ist richtig. Auch hierzu haben wir 2019 ein Postulat (*KR-Nr. 340/2019*) eingereicht, das auf der Traktandenliste darauf wartet, behandelt zu werden. Die vorliegende Motion aber hat Deutschförderung zum Ziel, welche eine wichtige Grundlage für eine chancengerechte Bildung ist. Also ist auch dies kein Grund, die Motion abzulehnen.

Des Weiteren weist der Regierungsrat darauf hin, dass er eher eine Früherkennung anstrebe, weil es nötig wäre, die Risikofamilien mit den bestehenden Angeboten zu erreichen. Ein Modell zur Früherkennung wurde uns in der Kommission für

Bildung und Kultur vorgestellt, aber von den Kommissionsmitgliedern abgelehnt. Eine kinderärztliche Pflichtuntersuchung im Alter von drei Jahren zur Erfassung der Defizite führt zu einer Pathologisierung kindlicher Entwicklungsunterschiede. Zudem sind damit die für die Unterstützung dieser Kinder notwendigen Angebote noch lange nicht geschaffen worden. Es kann auch nicht sein, dass man, um ein zusätzliches Kind zu erreichen, 99 andere noch einmal zum Arzt schickt. Das scheint mir nicht das richtige Vorgehen zu sein. Das aus unserer Sicht richtige Vorgehen wäre, attraktive Angebote zu schaffen, welche den Eltern und Kindern einen grossen Mehrwert bringen.

Letztlich aber, schreibt der Regierungsrat, können Gemeinden bereits heute Angebote zur gezielten Förderung im Vorschulalter durch den Kanton subventionieren lassen. Hier würde es mich wundernehmen, wie viele Gemeinden solche Subventionen erhalten und für welche Angebote. Möglicherweise werden wir, wenn uns die Bildungsdirektion dies nicht heute beantworten kann, noch eine Anfrage machen. Auf jeden Fall aber scheint es klar zu sein, dass von den Gründen, welche der Regierungsrat nennt, um die Motion abzulehnen, lediglich der letzte Grund möglicherweise Hand und Fuss hat und mit dieser heutigen Debatte die Gemeinden jedenfalls aufgerufen werden, diese Subventionen auch für die frühe Deutschförderung und für sämtliche Angebote zur frühen Förderung zu nutzen. Wir bitten Sie, die Motion dennoch zu überweisen. Vielen Dank.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Grundsätzlich trifft diese Fragestellung die heutige Anforderung und den Zeitgeist der Eltern an den Staat, dass er alles bezahlen soll. Es wäre wünschenswert, wenn die Kinder bei Schuleintritt mit Deutschkenntnissen in die Schule beziehungsweise in den Kindergarten eintreten würden. Zynisch betrachtet könnte es durchaus sein, dass damit die Hürden für die Kinder einfacher sein werden und sie sich schneller integrieren. Doch dafür müssen andere Gegebenheiten stimmen. So zum Beispiel müsste die Durchmischung in den Schulklassen beziehungsweise Vorschulklassen viel optimaler sein, was leider nicht und nie mehr der Fall sein wird. Auch wenn die Motion wider Erwarten überwiesen werden würde, wäre es einmal gut, wenn die Motionäre mit realistisch offenen Augen durch die Welt gehen und die rosarote Brille ablegen würden. Oder geht es darum, für die Hochschulabgänger, die heute als Taxler arbeiten, einen Job zu schaffen? Doch der Zeitgeist ist nicht immer korrekt, und wir vertreten auch hier die Meinung, dass es in der Eigenverantwortung der Eltern liegt, dass ihre Kinder rechtzeitig mit der deutschen Sprache konfrontiert werden. Denn diese Verantwortungs-Abschiebe-Mentalität ist zum Nachteil der Kinder und der Gesellschaft. Hier muss Gegensteuer gegeben werden, sonst wird die zahlende Bevölkerung nicht mehr bereit sein, Solidarität walten zu lassen. Eltern sollten prinzipiell das Beste für ihre Kinder wollen, doch es gibt leider immer mehr von denjenigen, die sich vom Staat alles bezahlen lassen wollen. Dieses Konsumverhalten in der vermeintlichen Wohlfühloase ist trügerisch. Wacht auf, liebe Eltern, ihr werdet nämlich aktiv entmündigt.

Man darf nie vergessen, dass die Linke gerne Staatskinder möchte, und hier verstehe ich die mitunterzeichnende Partei EVP nicht, dass sie auf diesen Zug aufspringt. Bei den Grünen bin ich mir nicht so wirklich sicher, frei nach Karin Fehr: Die Grünen haben vielleicht eine naive Haltung. An die EVP: Wollt ihr wirklich, dass alle gleichgeschaltet sind? Und wollt ihr aus falsch verstandener Nächstenliebe den Eltern alle, jegliche finanzielle Last abnehmen bis dahin, das die Kinder bereits ab Geburt vom Staat subventioniert und betreut sind? Wir lehnen eine solche fatale Motion ab und empfehlen Ihnen, diese ebenfalls abzulehnen und damit die Regierung zu unterstützen. Danke.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Ja, für einen guten Start in die schulische Laufbahn sind ausreichende Deutschkenntnisse von grosser Bedeutung. Und ja, bei Weitem bringen nicht alle Kinder diese Voraussetzung mit. Also ja, wir haben da ein Problem. So weit geht die FDP mit den Postulanten einig. Dieser Herausforderung sind sich auch die Gemeinden und Schulen bewusst, und das nicht erst seit gestern. Vielerorts hat sich nämlich bereits ein breites Angebot im Bereich der frühen Förderung entwickelt. Diese oftmals kommunal unterschiedlichen Angebote bilden die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden ab. Denn hier alle Gemeinden über denselben Kamm zu scheren, ist weder effizient noch zielführend. Genutzt werden die Angebote im Bereich der frühen Förderung denn auch, nur leider häufig nicht oder zumindest zu wenig von der betroffenen Zielgruppe. Und genau da liegt unser Problem, bei der Nutzung – und nicht beim Angebot. Die gute Neuigkeit hier aber ist: Die Verantwortlichen in den Gemeinden haben diese Problematik erkannt und arbeiten an Lösungen. So haben sich beispielsweise Bildungslandschaften oder Bildungsnetzwerke gebildet oder sind zumindest im Aufbau. Es wird das Ziel verfolgt, die Zugänglichkeit der bestehenden Angebote zu erhöhen, sodass die Angebote vermehrt auch von der entsprechenden Zielgruppe in Anspruch genommen werden.

Das Postulat suggeriert zudem, dass die fehlenden Deutschkenntnisse denn auch das einzige Problem beim Kindergarteneintritt seien. Das wäre doch zu schön, um wahr zu sein, und es ist leider auch nicht so. Es muss eine ganzheitliche Sicht des jungen Kindes eingenommen werden, statt lediglich die frühe Deutschförderung isoliert zu betrachten.

Wie die Bildungsdirektion in ihrer Antwort ausführt, kommt hier der Früherkennung eine grosse Bedeutung zu, und wir sind zuversichtlich, dass die Bildungsdirektion – allenfalls wegen Corona (*Corona-Pandemie*) mit etwas Verzug – sich ihrem Regierungsziel bezüglich des jungen Kindes annehmen wird. Darin wird bestimmt auch die Deutschförderung ihren Platz finden. Bezüglich der Finanzierung sehen wir keinen Handlungsbedarf. Sowohl Gemeinden als auch Kanton haben schon jetzt die Möglichkeit, sich finanziell zu beteiligen.

Sie sehen, das Anliegen der frühen Deutschförderung, um einen guten Schulstart zu ermöglichen, teilen wir. Die geforderte Herangehensweise erachten wir dennoch als ungeeignet. Die Gemeinden benötigen Spielraum, um die individuellen Gegebenheiten bestmöglich abzubilden. Die FDP wird die Motion nicht überweisen.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich): Der frühen Förderung kommt in der Schulzeit eines jeden Kindes eine zentrale Rolle zu. Ich bin überzeugt, dass Massnahmen im Bereich der frühen Förderung sinnvoll, unterstützungswürdig und auch für jede Gemeinde gewinnbringend sind. Ja, Sie hören richtig: Es ist gewinnbringend für die Gemeinde. Ich kann Ihnen meine Interessenbindung bekunden: Ich leitet seit mehr als zehn Jahren ein privates Familienzentrum in einer Zürcher Gemeinde. Dort wird schon seit längerem die frühe Sprachförderung angeboten, mit grossem Erfolg. Die Schule kann diesen Erfolg nachweislich ausweisen. Die Zusammenarbeit liegt in dieser Gemeinde bei der Schule, dem Sozialamt und den Asylorganisationen. Diese Triage ist bei der frühen Sprachförderung von grosser Bedeutung. Die Sprachförderung von Kindern vor dem Kindergarten Eintritt zu fördern, ist ein richtiger Schritt in die Zukunft. Wissenschaftlich wie auch pädagogisch ist erwiesen, dass mit einer frühen Förderung die Kinder besser integriert werden. Dadurch werden die Familien gestärkt, die Gemeinden ökonomisch entlastet, und die Schulzukunft aller Beteiligten wird entspannter, friedlicher, einfacher.

Die Sprache ist die Basis für das gesamte Lernen. Alle naturwissenschaftlichen, mathematischen und handwerklichen Fächer hängen von der Sprache ab. Sie ist der Reissverschluss des Schul- und Berufserfolgs. Viele Lehrbetriebe beschwerten sich über die schwachen schulischen Leistungen ihrer Auszubildenden. Legen wir einen Grundstein für die Zukunft.

Doch die frühe Förderung ist nicht nur die sprachliche frühe Förderung, sondern man muss sie als Ganzes sehen: Es ist die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Im Kanton Zürich ist die Sprachförderung im Frühbereich nicht geregelt. Viele Gemeinden arbeiteten Angebote aus, jede für sich. Eine einheitliche kantonale Regelung im Frühbereich spart Ressourcen: Zeit und Geld. Es ist eine kostengünstige und nachhaltige Investition, daher ist dies für die Gemeinde gewinnbringend. Somit wäre auch die Chancengleichheit im ganzen Kanton gewährleistet. Die gesetzliche Grundlage, wie wir sie in dieser Motion fordern, muss zuerst geschaffen werden. Eine Gesetzeserweiterung im KJHG ist ein Schritt in die Zukunft, ein richtiger und wichtiger Schritt. Denken Sie bei dieser Abstimmung nicht schwarz oder weiss, sondern: Was bringt es den Familien, der Gemeinde und dem Kanton für die Zukunft? Wollen wir weiter ungleiche Bildungschancen oder wollen wir eine Massnahme, die die Familien stärkt und die Kinder fördert?

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Dass Kinder möglichst gute Deutschkenntnisse haben, wenn sie bei uns in die Schule, also in den Kindergarten eintreten, ist aus vielen Aspekten zwingend und wünschenswert. Gerade auch für die Kinder ist es wichtig, dass sie sich schnell in die Klasse integrieren können, und das erfolgt über die Sprache. Die Teilhabe am Unterricht ist einfacher, wenn man die Sprache versteht und auch die Sprache beherrscht. Dass man hier präventiv handeln will, ist also sicherlich nicht falsch. Und auch im Sinne der Schullaufbahn der Kinder kann man hier Vorteile sehen.

Wir haben in der GLP diese Motion sehr kritisch und vor allem kontrovers diskutiert und ich möchte an dieser Stelle kurz erläutern, weshalb:

Erstens sehen wir hier die Eltern in der Pflicht. Der Staat soll nicht alle Aufgaben übernehmen. Und auch diese Aufgabe ist in erster Linie eine Aufgabe der Eltern. Die Eltern haben die Kinder auf den Kindergarten und damit auf ihre Schullaufbahn vorzubereiten. Es ist uns jedoch bewusst, dass das nicht in allen Familien gelingen kann und nicht alle Eltern diese Leistung erbringen können. Entsprechend ist hier auch der Staat in der Pflicht, dort, wo das nicht gelingt, zu unterstützen und einzuspringen, wenn notwendig.

Auch ist die Frage, ob hier die Stufe des Kantons korrekt ist, eine Frage, die wir diskutiert haben. Denn viele Gemeinden tun schon sehr vieles und die Gemeinden kennen ihre Bevölkerung am besten und wissen auch, wo eingreifen. Denn gerade auch bei diesem Angebot ist es essenziell, dass es bei den Familien ankommt, die es eben tatsächlich auch nötig haben.

Zu Diskussionen geführt haben bei uns aber auch die wissenschaftlichen Studien. Denn man ist sich nicht ganz einig, ob es jetzt wichtiger ist, dass die Erstsprache fundiert ist und wirklich eine gute Basis bietet und man dann eine Zweitsprache darauf aufbaut, oder dass man möglichst früh mit der Zweitsprache beginnt.

Zuletzt hat bei uns die Sorge, dass man die Kinder immer früher verschult, zu Diskussionen geführt. Die Kinder sollen sich möglichst natürlich entwickeln können, und dazu braucht es auch Zeit. Um hier den Kinderarzt Remo Largo zu zitieren: «Das Gras wächst nicht schneller, wenn man an ihm zieht.»

Auf der anderen Seite sehen wir aber viele Vorteile, die eine frühe Deutschförderung mit sich bringt. Deutsch ist essenziell fürs Lernen. Deutsch ist essenziell für die Schullaufbahn. Deutsch ist essenziell für die Integration. Wenn man hier frühzeitig Ressourcen investiert, ist man sicher auf der besseren Seite. Denn hier präventiv zu investieren ist einfacher, als das, was man verpasst hat, später nachzuholen. Die Schule kommt hier an die Grenzen, das aufzufangen. Im Alltag ist das eine grosse Aufgabe. Denn der Unterricht wird immer schwieriger, je diverser die Klassen sind und je grösser der Nachholbedarf Einzelner ist. Zudem ist die soziale Integration ein sehr, sehr wichtiger Aspekt, gerade auch bei den Kleinen, die in die Schule kommen. Sie kann aber nur gelingen, wenn die Kinder sich auch verständigen können. Kinder lernen die Sprache sehr schnell. Dennoch brauchen sie eine gewisse Basis, auf der sie aufbauen können. Dies ist zuletzt auch essenziell für ihre Entwicklung und nicht zuletzt die Schullaufbahn. Im Bildungsbereich zeigt sich immer wieder, dass Investition in die Prävention langfristig nachhaltiger ist.

Zuletzt möchte ich noch anfügen, dass eine gute sprachliche Integration der Kinder oft auch zu einer guten sprachlichen Integration der Eltern führen kann, denn die Eltern lernen mit den Kindern mit. Auch wenn es eigentlich andersherum sein sollte, ist das nun einfach eine Realität. Es wäre gar denkbar, ein Angebot für Eltern und Kind zu machen, dann können sie gleich gemeinsam lernen.

Die Fraktion hat sich im Anschluss an diese heftige Debatte entschieden, diese Motion zu unterstützen, jedoch unter gewissen Bedingungen: Für uns ist essenzi-

ell, dass es nicht ein Giesskannenprinzip ist. Wir wollen nicht übers Ziel hinaus-schiessen. Wir wollen, dass in Situationen, wo es Unterstützung braucht, wo die Familien eben diese Unterstützung nicht leisten können, der Staat einschreitet und unterstützt, ganz im Sinne der Kinder. Wir wollen auch, dass der Kanton die Gemeinden unterstützt, dort, wo es notwendig ist, und vor allem Hilfe bietet, damit das Angebot bei den Familien ankommt, die es tatsächlich auch brauchen. Gemeinden, die schon ein gutes System haben, sollen nicht benachteiligt werden. Hier soll man auf das gute System aufbauen. Ja, die Gemeinden, die hier vielleicht noch etwas Entwicklungspotenzial haben, sollen von jenen Gemeinden, die voraus sind, lernen können ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die Grüne Fraktion wird diese Motion unterstützen. Wir sind ganz klar dafür, dass eine explizite gesetzliche Grundlage für die frühe Deutschförderung im Kinder- und Jugendhilfegesetz geschaffen wird. Und wir sind auch dafür, dass die Gemeinden vom Kanton bei den entsprechenden Angeboten auch finanziell unterstützt werden. Dies ist der Bedeutung der frühen Sprachförderung nur angemessen. Für die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung der Kinder und deren weitere Bildungs- und Karriereverläufe ist die frühe Kindheit matchentscheidend, das belegen unzählige wissenschaftliche Studien. Es ist deshalb auch gerechtfertigt, dass fremdsprachige Kinder mittels einer qualitativ guten frühen Deutschförderung auf den Schuleintritt vorbereitet werden. In diesem Alter der Kinder muss sich die Sprachförderung an der spielerischen Neugier und der Kontaktfähigkeit der Kinder orientieren. Es handelt sich hier also explizit noch nicht um eine schulische Form der Bildung. Wir haben es gehört, trotz der langen Auseinandersetzung mit der PI Spillmann (*Altkantonsrat Moritz Spillmann; KR-Nr. 47/2015*), «Mit ausreichend Deutschkenntnissen in den Kindergarten», ist es dem Rat bis anhin nicht gelungen, in dieser Frage eine mehrheitsfähige Problemlösung zu finden. Das sogenannte selektive Obligatorium, wie es Basel-Stadt seit längerem kennt, war der Mehrheit entweder zu aufwendig, zu wenig zielgerichtet und/oder zu kostspielig. Neuerdings denkt aber sogar der Kanton Thurgau, unter der Bildungsdirektorin der SVP (*Monika Knill*) darüber nach, genau dieses selektive Obligatorium im ganzen Kanton einzuführen. Rochus, ich glaube, es ist an der Zeit, dass du deine Vorstellung, dass es sich hier nur noch um ein linkes Anliegen handelt, endlich einmal zu Grabe trägst.

Wir haben es gehört, das Problem vieler Kinder, mit fehlenden oder mangelhaften Deutschkenntnissen in die Schule einzutreten, hat sich, nur weil wir uns hier noch nicht über eine mehrheitsfähige Problemlösung geeinigt haben, noch nicht in Luft aufgelöst. Immer mehr Gemeinden – ich glaube, das ist tatsächlich so – nehmen sich heute diesem Problem auch an, und genau sie sollen beim Finden von massgeschneiderten Lösungen auch finanziell vom Kanton unterstützt werden. Wir reden hier also nicht einfach von einer Einheitslösung, sondern es sind weiterhin auch mit dieser Motion unterschiedliche Lösungen möglich. Das Ziel muss tatsächlich sein, dass man auch die schwer erreichbaren Familien für den Nutzen dieser frühen Deutschförderung gewinnen kann, insbesondere natürlich auch für die Nutzung dieser Angebote. Somit sehen wir Grüne in der vorliegenden Motion

tatsächlich die Möglichkeit, in der Frage der frühen Deutschförderung in diesem Kanton einen weiteren wichtigen Schritt voranzukommen, deswegen unterstützen wir diese Motion auch. Danke.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Sprache ist der Schlüssel zur Integration, da würden die meisten von Ihnen mir sicher zustimmen. Auch in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) teilten die meisten Mitglieder die Überzeugung, dass eine möglichst frühe Deutschförderung einen erfolgreichen Bildungsverlauf unterstützt, in manchen Fällen sogar erst ermöglicht. Wie du Rochus Burtcher von früher Deutschförderung auf Staatskinder kommst, das ist mir schon etwas schleierhaft. Als KBIK haben wir in der letzten Legislatur das Modell der frühen Deutschförderung im Kanton Basel-Stadt studiert, wo fremdsprachige Kinder eine Spielgruppe oder eine Kindertagesstätte besuchen müssen, falls sie keine oder ungenügende Deutschkenntnisse haben. Die Mehrheit der damaligen KBIK war zwar der Meinung, dass dieses Modell nicht auf den grossen Kanton Zürich erweiterbar ist, aber es ist klar: In Sachen Frühförderung müssen wir im Kanton Zürich deutlich zulegen. Daher wollen wir mit unserer Motion Grundlagen und Anreize schaffen, damit Gemeinden die frühe Deutschförderung aufbauen, stärken und ausbauen.

Die EVP-Fraktion unterstützt diese Motion, weil es keine Alternative zur frühen Deutschförderung gibt.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Vor anderthalb Jahren diskutierten wir hier im Rat die parlamentarische Initiative von Altkantonsrat Moritz Spillmann mit der KR-Nummer 47a/2015 und dem Titel «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten». Diese PI hatte zu ausgedehnten Abklärungen in der Kommission für Bildung und Kultur geführt. Unter anderem nahmen wir das sogenannte Basler Modell unter die Lupe, waren sogar vor Ort in Basel und liessen uns das Modell ausführlich erklären. Mehrheitlich waren wir uns in der Kommission einig, dass der vorschulischen, spielerischen Deutschförderung eine wichtige Rolle zukommt, sodass alle Kinder mit genügenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten eintreten können. Vor allem das Basler Modell fand grossen Anklang in der Kommission. Doch je länger die Beratungen dauerten, desto weiter rückten das Basler Modell und eine mögliche Umsetzung im Kanton Zürich in den Hintergrund. Die Geister schieden sich an einem möglichen Obligatorium oder den zu erwartenden Kosten für den Kanton und die Gemeinden. Diese wurden von der Bildungsdirektion auf rund 17 Millionen Franken geschätzt. Als dann die Bildungsdirektion mit ihrem Projekt «startklar» einen Gegenvorschlag präsentierte, der zum Ziel hatte, die freiwilligen kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder mit drei Jahren obligatorisch zu erklären, verloren wir das Anliegen der frühen Deutschförderung immer mehr aus den Augen. Zu guter Letzt stellte die Bildungsdirektion dann noch fest, dass eine Ausdehnung des Geltungsbereichs des Volksschulgesetzes auf Kinder im Vorschulalter problematisch sei. Damit war das Chaos perfekt und es blieb uns nichts anderes mehr übrig, als die PI Spillmann abzulehnen. Dass die Beratungen zu keinem Ergebnis geführt haben, ist

sehr schade. Denn es ist nach wie vor wichtig und richtig, ein flächendeckendes Angebot für eine spielerische vorschulische Deutschförderung im Kanton Zürich einzuführen.

Eine zweite Chance, ein solches Angebot im Kanton Zürich zu etablieren, gibt es nun mit der Motion von Monika Wicki. Die Alternative Liste wird die Motion unterstützen. Mit einer koordinierten und flächendeckenden Frühförderung legen wir den Boden für bessere Startchancen für Kinder auch aus nicht privilegierten Verhältnissen. Besten Dank.

Regierungspräsidentin Silvia Steiner: Die vorliegende Motion hat ausschliesslich die frühe Deutschförderung zum Ziel. Aus Sicht der Bildungsdirektion ist diese Betrachtungsweise zu einseitig. Es geht hier offensichtlich nur darum, ein Manko oder ein vermeintliches Manko von Ausländern zu beseitigen, und das greift tatsächlich zu kurz. Uns geht es darum, dass die frühe Förderung eben viel weiter geht. Die frühe Förderung besteht darin, dass man Kindern beibringt, wie sie kommunizieren, wie sie sich austauschen, wie ist mit anderen Menschen sprechen oder wie sie ihre Bedürfnisse zum Ausdruck bringen, egal, welche Sprache sie sprechen. Ich habe hier drin schon einmal gesagt: Es ist kein Problem oder ein geringeres Problem, ein Kind im Kindergarten zu integrieren, wenn es bereits Kommunikationsfähigkeiten in der eigenen Muttersprache entwickelt hat. Diese Motion zielt aber nur darauf ab, nun Deutschunterricht für fremdsprachige Kinder zu bieten, und das greift aus unserer Sicht zu kurz. Massnahmen im Bereich der frühen Förderung sind sinnvoll und grundsätzlich zu unterstützen, es fehlt aber auch nicht an Angeboten. Wichtig ist vielmehr, dass die bestehenden Angebote durch die betroffenen Zielgruppen auch tatsächlich in Anspruch genommen werden, und da haben wir tatsächlich noch ein Problem.

Die Bildungsdirektion strebt deshalb in erster Linie eine Früherkennung von Kindern beziehungsweise Familien an, die mit den bestehenden Angeboten erreicht werden sollten, und wir haben gute Angebote. Im Rahmen des Legislaturziels RRZ 2a, Kinder und Familien mit besonderem Förderbedarf identifizieren und mit Blick auf einen guten Start in die Volksschule gezielt zu unterstützen, also «startklar» zu machen, erarbeitet die Bildungsdirektion derzeit ein interinstitutionelles Konzept zur Früherkennung, das die Verantwortung der Eltern verbindlich stärken soll oder ihnen eben auch Unterstützung bietet, wenn sie das in Anspruch nehmen wollen. Von Pathologisierung kann überhaupt keine Rede sein. Zu dieser Vorlage, mit der eine Änderung des KJHG durchgesetzt wird, wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2021 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die mit der Motion geforderten Möglichkeiten bestehen bereits. Wie erwähnt gibt es auf privater und kommunaler Grundlage bereits eine Vielzahl von Angeboten für Vorschulkinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen, wie beispielsweise Spielgruppen oder Kinderkrippen mit gezielter Sprachförderung. Und auch schon heute können die Gemeinden nach dem geltenden Paragraphen 20 des KJHG zusätzliche Leistungen der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe erbringen. Das KJHG enthält keine abschliessende Aufzählung aller Kinder- und Jugendhilfeleistungen. Gestützt auf Paragraph 40 KJHG kann der Kanton an Gemeinden und Dritte, die zusätzliche

Aufgaben im Bereich der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe erfüllen – dazu gehören Angebote zur gezielten Förderung von Kindern im Vorschulalter –, Subventionen ausrichten. Das passiert auch, das AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*) subventioniert jährlich die Gemeinden mit grossen Beiträgen.

Im Übrigen erinnere ich Sie, zumindest diejenigen, die damals schon im Rat waren, gerne an die lobenden Worte – die seltenen lobenden Worte – der Gemeindevertreter zuhanden der Regierung, als wir im November 2015 die KKBB, die sogenannten Kleinkinderbetreuungsbeiträge, in Rekordschnelle abgeschafft hatten; dies allerdings mit der Vereinbarung, dass diese Gelder in die frühe Förderung fließen sollen. Das war auch das Versprechen der Gemeinden, das damals abgegeben wurde, dass das eingesparte Geld nun anders eingesetzt wird. Aus diesen Gründen und weil wir hier auch einen Lösungsansatz am Erarbeiten sind, den die KBIK dann noch lang und breit diskutieren kann und Sie in der Vernehmlassung auch kommentieren dürfen, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, diese Motion jetzt abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 78 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 42/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist für heute erledigt.